

# Landkreis Vorpommern-Rügen

## 4. Wahlperiode

### Antrag

Einreicher:  
**Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+**

Vorlagen Nr.:  
**A/4/0121**

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	23.03.2026

**Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: „Geburtshilfe auf Rügen wieder einführen - Versorgung im Landkreis sichern“**

#### Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Landrat wird aufgefordert, sich gegenüber der Landesregierung Mecklenburg -Vorpommern mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass

- unverzüglich Maßnahmen zur Wiedereinführung einer wohnortnahen geburtshilflichen Versorgung auf der Insel Rügen geprüft und eingeleitet werden, insbesondere unter Berücksichtigung alternativer Versorgungsmodelle (z. B. Hebammengeleitete Kreißsäle, regionale Kooperationen oder sektorenübergreifende Lösungen),
- ein tragfähiges Personal- und Finanzierungskonzept für die Geburtshilfe im ländlichen Raum entwickelt wird, um dem anhaltenden Mangel an Hebammen und ärztlichem Personal wirksam zu begegnen,
- die Auswirkungen der Zentralisierung der Geburtshilfe auf die Versorgungssicherheit im Landkreis Vorpommern-Rügen umfassend untersucht werden und entsprechende Schlussfolgerungen für die zukünftige Versorgungsstruktur gezogen werden,
- kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungssicherheit ergriffen werden, insbesondere durch:
  - die Stärkung der Notfallversorgung,
  - eine bessere Ausstattung und Schulung von Rettungsdiensten im Bereich Geburtshilfe,
  - sowie eine optimierte Abstimmung zwischen Rettungsdienst und Kliniken.

## Begründung:

Die Schließung der Geburtenstation in Bergen auf Rügen hat die Versorgungssituation für werdende Mütter im Landkreis Vorpommern-Rügen spürbar verschärft. Schwangere Frauen sind seitdem gezwungen, zur Entbindung weite Wege - in der Regel bis nach Stralsund - zurückzulegen.

Welche konkreten Risiken daraus entstehen, zeigt ein aktueller Fall aus Lancken-Granitz, über den die Ostsee-Zeitung berichtet hat: Eine junge Mutter brachte ihr Kind nicht im Kreißsaal, sondern im Schockraum der Notaufnahme des Stralsunder Klinikums zur Welt. Die Geburt setzte so plötzlich ein, dass die Familie es trotz sofortiger Abfahrt nicht rechtzeitig in die Klinik schaffte. Das Kind kam unter extremen Umständen zur Welt, teilweise bereits während der Fahrt.

Nach Angaben der Eltern dauerte die Fahrt rund 80 Minuten. Sie berichten eindrücklich von der Angst während der Fahrt und der Unsicherheit, ob rechtzeitig medizinische Hilfe erreicht werden kann. Dass Mutter und Kind wohlauf sind, ist nach eigener Aussage vor allem glücklichen Umständen und der schnellen Hilfe vor Ort zu verdanken. Gleichzeitig machen die Eltern deutlich, dass die große Entfernung zur nächsten Geburtsklinik das zentrale Problem darstellt.

Der geschilderte Fall steht exemplarisch für die Situation vieler werdender Eltern auf Rügen. Insbesondere aus entlegenen Regionen wie dem Mönchgut oder aus Dranske können sich die Fahrzeiten nochmals deutlich verlängern. Verkehrsaufkommen, Wetterlagen oder unvorhersehbare Ereignisse können die Situation zusätzlich verschärfen.

Die derzeitige Struktur führt dazu, dass Geburten zunehmend unter Zeitdruck und unter potenziell unsicheren Bedingungen stattfinden müssen. Dies widerspricht dem Anspruch an eine verlässliche und wohnortnahe medizinische Daseinsvorsorge.

Zwar wird die Geburtshilfe am Standort Stralsund gestärkt, jedoch kann eine rein zentralisierte Versorgung die besonderen Herausforderungen eines Flächenlandkreises wie Vorpommern-Rügen nicht ausreichend berücksichtigen. Ziel muss daher sein, die Erreichbarkeit und Sicherheit für werdende Mütter deutlich zu verbessern und perspektivisch wieder eine wohnortnahe Versorgung auf Rügen zu ermöglichen.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen steht in der Verantwortung, diese Problemlage klar zu benennen und gegenüber dem Land auf konkrete Verbesserungen hinzuwirken.

gez. Benjamin Heinke  
Fraktionsvorsitzender  
Fraktion CDU+

gez. Gerd Scharmberg  
Fraktionsvorsitzender  
Fraktion BfS/FDP/VR+